

Grüner Igel

Klima schützen!
Am 13. März 2016
Grün wählen!



BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN OV Lamsheim

Nr. 31 – März 2016

Mutiger Einsatz für die Integration

Anne Spiegel zur aktuellen Entwicklung im Flüchtlingsbereich

Gemeinsam mit unzähligen Ehrenamtlichen überall im Land setzen wir in Rheinland-Pfalz alles daran, für die Menschen, die bei uns Schutz suchen, gute Bedingungen zu schaffen. Die Erstaufnahmekapazitäten des Landes umfassen mittlerweile rund 13.000 Plätze in 26 Einrichtungen – als wir 2011 an die Regierung kamen, waren es gerade einmal 700 Plätze. Auch die Kommunen müssen stetig Wohnraum schaffen für Flüchtlinge. Es gibt ein Förderprogramm mit zinslosen Kommunaldarlehen zum Bau von Flüchtlingsunterkünften und Sonderprogramm des Bundes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Höhe von 1 Mrd. Euro pro Jahr. In der Umsetzung legen wir großen Wert darauf, dass sozialer Wohnraum nicht nur für Flüchtlinge, sondern für alle bedürftigen Menschen gleichermaßen angeboten wird.

Es gibt ein großes ehrenamtliches Engagement in Kommunen, Vereinen, Kirchen und bei Verbänden. Die vielen Ehrenamtlichen benötigen Unterstützung durch Hauptamtlichenstrukturen. Deshalb gibt es seit Mitte 2015 die Koordinierungsstelle „Ehrenamtliche Aktivitäten im Flüchtlingsbereich“ mit Sitz in Bad Kreuznach. Darüber hinaus gibt es für die Kommunen mit dem neuen Landesaus-

halt in 2016 Projektfördermittel für so genannte DialogbotschafterInnen. Sie sollen die Ehrenamtlichen besser vernetzen und ihnen gleichzeitig eine zuverlässige Anlaufstelle zu bieten.

Integration ab dem ersten Tag ist uns ein wichtiges Anliegen. Sprache und Bildung sind der Schlüssel für das Gelingen der Integration! Deshalb wird in allen Bereichen die Sprachförderung weiter ausgebaut. Das Land fördert Sprachkurse, obwohl dies eigentlich die Aufgabe des Bundes ist: Es baut die Sprachförderung in Schulen und Kindertagesstätten massiv aus und begleitet die Koordinierung in diesem Bereich. Alle Flüchtlingskinder haben in Rheinland-Pfalz den gleichen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz und es besteht die allgemeine Schulpflicht.

Weil Arbeit ein zentraler Aspekt von Teilhabe ist, wollen wir Flüchtlinge möglichst früh in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integrieren. Arbeit zu haben und den Lebensunterhalt für sich und seine Familie selbst zu verdienen, ist der beste Weg für eine nachhaltige Integration. Zum 01.01.2016 startete eine

Vielzahl von Projekten zur Förderung der Arbeitsmarktintegration:

- „Beschäftigungspilot für Flüchtlinge“ (aufsuchende Beratung in den Kommunen)
- Förderansatz „Fit für den Job für Flüchtlinge“



- Modellprojekte zur Unterstützung der Betriebe und zur Begleitung der Flüchtlinge im Betrieb (in Kooperation mit dem Jobcenter Vorderpfalz-Vorderpfalz)
- Modellprojekte für Flüchtlinge im Gesundheits- und Pflegebereich (in Kooperation mit den Jobcentern in Mayen-Koblenz und Neuwied)

Außerdem werden bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur die Kompetenzen von Flüchtlingen erfasst und damit Weichen gestellt für eine möglichst schnelle Vermittlung in Arbeit oder Weiterqualifizierung.

Ein zentrales Anliegen ist uns auch die gesundheitliche und psychosoziale Versorgung der Menschen, die bei uns Zuflucht suchen. Das Land ermöglicht den Kommunen die Einführung

der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) und hat mit den Krankenkassen, den Kreisen und kreisfreien Städten, der kassenärztlichen Vereinigung sowie den kommunalen Spitzen eine gemeinsame Rahmenvereinbarung erarbeitet. Den Kreisen und kreisfreien Städten wird es durch diese Vereinbarung deutlich erleichtert, die eGK für Flüchtlinge einzuführen und so ihren bürokratischen Aufwand deutlich zu verringern.

Wer bei uns minderjährig und ohne Eltern Zuflucht sucht, braucht besonderen Schutz. Rheinland-Pfalz hat ein Konzept entwickelt für die kindgerechte Versorgung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Neu geschaffene Schwerpunktjugendämter sind auf die Inobhutnahme und das Clearingverfahren für diese Jugendlichen spezialisiert ermöglichen ihnen ein geschütztes Ankommen.

Und wie ist es in der VG Lamsheim-Heßheim?

Tatsächlich ist Rheinland-Pfalz vergleichsweise gut aufgestellt für die Bewältigung der Flüchtlingsproblematik - nicht zuletzt aufgrund der beherrzten Politik der Integrationsministerin Irene Alt.



Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler wäre die Verbandsgemeinde aufgeschmissen. Ärgerlich ist, dass Unklarheiten bezüglich der Zuständigkeiten (VG – OG) die Arbeit der Ehrenamtlichen etwas ausbremsen. Ein Beispiel: Bereits im Spätjahr des vergangenen Jahres wurde auf Anfrage eines Ratsmitgliedes versprochen, die Reparatur des Daches der Kleiderkammer (ehemalige Freibad-Cafeteria) in Angriff zu nehmen. Bis heute hat sich hier nichts getan!

Die Informationsveranstaltung der Verbandsgemeinde Lamsheim-Heßheim am 28. Januar 2016 in der Karl-Wendel-Schule zeigte ganz deutlich den Willen vieler Lamsheimer, sich über das Schicksal der hierher Geflüchteten zu informieren und zu helfen. Das Interesse der Lamsheimer Bevölkerung an dieser Thematik gibt Anlass zu vorsichtiger Zuversicht, dass rechte Rattenfänger bei uns keine Chance haben. Das Fischen am rechten Rand von Seehofer & Co. ist ebenso dumm wie gefährlich, da es vor allem der AFD zum Wahlerfolg verhilft. Soweit darf es nicht kommen!

Die Informationsveranstaltung der Verbandsgemeinde Lamsheim-Heßheim am 28. Januar 2016 in der Karl-Wendel-Schule zeigte ganz deutlich den Willen vieler Lamsheimer, sich über das Schicksal der hierher Geflüchteten zu informieren und zu helfen. Das Interesse der Lamsheimer Bevölkerung an dieser Thematik gibt Anlass zu vorsichtiger Zuversicht, dass rechte Rattenfänger bei uns keine Chance haben. Das Fischen am rechten Rand von Seehofer & Co. ist ebenso dumm wie gefährlich, da es vor allem der AFD zum Wahlerfolg verhilft. Soweit darf es nicht kommen!

Chance vertan – Gemeindewerke fusionieren mit Stadtwerken Grünstadt

Über viereinhalb Jahren zog sich der Prozess über die Zukunft der Lamsheimer Gemeindewerke. Die Verwaltung und auch die Mehrheit des Gemeinderats zeichnete sich nicht gerade durch Tatkraft und Mut aus, indem sie sich bei der Entscheidung im Herbst für eine Fusion mit den Stadtwerken Grünstadt entschieden haben, einem Anbieter, der eine sicher solide aber eher traditionelle Geschäftspolitik vertritt.

Die GRÜNEN haben sich lange gegen eine Veräußerung des gemeindeeigenen E-Werkes gewehrt, weil sie mit dem eigenen Werk die meisten Gestaltungsmöglichkeiten für eine fort-

schrittliche Energiepolitik gesehen haben:

- Ein Stromnetz, das sich bereits in Bürgerhand befindet und nicht erst mühsam zurückgekauft werden muss.
- Ein Kreditinstitut, das seinen Hauptsitz in der eigenen Gemeinde hat.
- Eine Firma, die seit Jahren erfolgreich Erzeugungsanlagen für Erneuerbaren Strom projektiert.
- Interessierte Bürger, die bereit wären, sich sowohl mit persönlichem als auch finanziellem Engagement zu beteiligen.

Auch wir mussten dann aber einsehen, dass

dies ohne ernsthaften Willen bei der Werksleitung nicht möglich ist. Die Länge des Entscheidungsprozesses und die gebetsmühlenartige Wiederholung der Beschreibung der Risiken, die sich mit dem Weiterbetrieb der Werke verbinden würde, zeigten Wirkung. Am Schluss schien es so, dass man der ganzen Angelegenheit überdrüssig war, die Entscheidung wurde zur lästigen Pflicht. Dass die Lamsheimer Gemeindewerke trotz der Probleme, die sich mit der Nahwärme verbinden, ein durchaus lukratives Schnäppchen zu sein scheinen, zeigte sich darin, dass es vier ernsthafte Bewerber zur Übernahme gab. Am Ende ging es dann nur noch um die Stadtwerke Speyer und Grünstadt.

Die Stadtwerke Speyer sind im Vergleich mit Grünstadt weitaus größer, sowohl technisch sehr breit als auch wirtschaftlich gut aufgestellt. Für uns als GRÜNE waren drei Argumente maßgeblich, die für eine Entscheidung pro Speyer sprachen. Zum ersten ist Speyer dank seiner klaren energiepolitischen Ausrichtung mit dem deutschen Solarpreis ausgezeichnet worden und Lamsheim hätte sicher von dieser Expertise deutlich profitiert. Zum zweiten hat Speyer eine große Erfahrung im Bereich der Nahwärme, hätte also einen wesentlichen Beitrag zur Sanierung des bisher Verluste einbringenden Nahwärmeprojekts leisten können. Nicht zuletzt haben die Speyerer die weitaus günstigeren Strompreise und dies auch bei Naturstrom.

Als Gründe für Grünstadt wurden die geographische Nähe aufgeführt und die dank der geringeren Größe gegebene Möglichkeit zur Verhandlung auf Augenhöhe sowie das scheinbar bessere

Ausschüttungsmodell. Ausschlaggebend war aber wohl neben personellen Beziehungen, dass die Speyerer sowohl für den Strom- als auch den Nahwärmebereich eine wirtschaftliche Prüfung und Bewertung wollten, die es so bisher nicht gibt. Erst nach einer Wertberichtigung wollte man auch den Nahwärmebereich mit übernehmen. Ein Wertgutachten wird nun auch mit Grünstadt erstellt, um damit den zukünftigen Gesellschaftsanteil Lamsheims in den Stadtwerken Grünstadt zu berechnen. Allerdings wird dabei wirtschaftlich der Nahwärmebereich ausgeklammert und die Übernahme bezieht sich zunächst ausschließlich auf den Stromsektor. Die wirtschaftlichen Risiken für die Nahwärme verbleiben in Lamsheim. Trotz hartnäckigem Nachfragen zur zukünftigen Ausgestaltung der Nahwärme konnten die Grünstädter hier keine Antworten geben, wohl auch deshalb, weil sie in diesem Bereich bisher nur geringe Erfahrung haben.

Wie geht es nun weiter? Wir als GRÜNE wollten eine Einbeziehung in den Verhandlungsprozess mit Grünstadt sowie Begleitung und Beratung durch externe und unabhängige Gutachter. Wir wagen allerdings zu prognostizieren, dass wir am Ende im Gemeinderat alternativlos und überhastet in eine Entscheidung gedrängt werden, die langfristig weder dem Klima noch den Bürgern hilft. Der Wechsel zu echten Ökostromanbietern wie „Schönau“ oder „Energie in Bürgerhand“ ist dann wohl für viele Menschen naheliegend, sind deren Preise doch inzwischen fast günstiger als die, die wir derzeit in Lamsheim zahlen.

Ein starker Auftritt für das Klima

Bei der Energiewende sind wir auf Erfolgskurs. Der Anteil der „Erneuerbaren“ am in Rheinland-Pfalz erzeugten Strom lag 2014 bereits bei knapp 36 Prozent. Bei der Photovoltaik hat sich die installierte Leistung seit 2011 beinahe verdoppelt.

Wir haben das erste Klimaschutzgesetz für unser Land verabschiedet und damit den Grundstein für gebündelte landesweite Klimaschutzaktivitäten geschaffen. Zusätzlich sind regional acht Energieagenturen als verlässlicher und geschätzter Partner für alle an der Energiewende Beteiligten geschaffen worden. Hiervon profitieren vor allem die Kommunen.

Ohne die GRÜNEN ist die erfolgreiche Energiewende in Rheinland-Pfalz gefährdet.

2014 konnten wir verhindern, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien durch Schwarz-Rot in Berlin vollends gestoppt wurde.

Mit Blick auf die 2017 anstehende Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist es entscheidend, dass starke GRÜNE die Interessen des Klimaschutzes und der Energiewende im Bundesrat durchsetzen. Eine starke Stimme für Umwelt und Natur.

Jeden Tag sterben Tier- und Pflanzenarten aus. Dadurch wird die Stabilität unserer Ökosysteme erheblich geschwächt. Zusätzlich zehren Klimawandel, Schadstoffeinträge und Flächenverbrauch an den Lebensgrundlagen kommender Generationen.

Der 2015 eröffnete Nationalpark ist ein herausragendes Projekt nachhaltiger Regionalentwicklung. Er leistet wertvolle Beiträge zur Artenvielfalt.

Zum Schutz unserer Lebensgrundlagen gehört auch der Einsatz für saubere Luft. Wir setzen uns daher für Maßnahmen ein, die zu einer Emissionsminderung beitragen, z.B. bessere Rahmenbedingungen und die gezielte Förderung sauberer Antriebssysteme, die Förderung von

Elektrobussen im öffentlichen Nahverkehr, Tempo 30-Zonen, Mobilitätskonzepte sowie die Aufwertung öffentlicher Grünflächen als städtische Lunge.

Stimmen Sie

- für die Fortsetzung unserer erfolgreichen Regierungsbeteiligung
- für ein nachhaltiges, lebenswertes Rheinland-Pfalz.

Ministerin Lemke zu Besuch in Lamsbheim

„Jeder Arbeitsplatz in der Branche ist ein Stück Klimarettung.“ Mit diesen Worten von Frau Lemke endet die Diskussionsrunde im Rahmen des Besuchs bei der Firma GAIA mbH in Lamsbheim. Die Staatsministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung sowie stellvertretende Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz kam einer Einladung von Herrn Szielasko, einem der beiden Geschäftsführer der Firma GAIA, nach.

Klimaschutz ist Zukunftsvorsorge. An diesem Ziel arbeitet GAIA kontinuierlich. Umso mehr freute man sich bei GAIA in Lamsbheim, dass sowohl Frau Lemke als auch der Vizepräsident des rheinland-pfälzischen Landtages, Dr. Bernhard Braun, der Vorstand der Frankenthaler GRÜNEN, Eric Tschöp, und die grüne Bürgermeisterkandidatin aus Freinsheim, Silvia Schmitz-Görtler, der Einladung folgten.

Die Besucher erhielten zuerst einen Einblick in den Werdegang und die Arbeit der GAIA. Im Anschluss an die Vorstellung wurde lebhaft über die Möglichkeiten diskutiert, die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Energiewirtschaft zu stärken und auszubauen. So konnte GAIA ihren Befürchtungen über die Auswirkungen der Bundesvorgaben des EEG

2016 Gehör verschaffen. Neben der Gefahr für die Ausbauziele der

Landesregierung sieht man auch eine Bedrohung der Arbeitsplätze für die mittelständische Energiewirtschaft. Ebenso wird befürchtet, dass es für Bürgerenergiegenossenschaften und kleine Stadtwerke schwieriger wird, den eigenen grünen Strom zu produzieren und so unabhängiger zu werden. GAIA begrüßt daher den Beschluss des Bundesrates zu einem Regionalmodell bei

den Ausschreibungen, den die Landesregierung maßgeblich herbeigeführt hatte.

Einigkeit herrschte in Bezug auf die Stärkung zur Akzeptanz der erneuerbaren Energien durch Aufklärung. Auch für die Eigenversorgung der Bürger und Kommunen wollen sich sowohl GAIA als auch die Politiker weiter einsetzen.

Bei dem Rundgang durch das historische Gebäude GAIA wurde den Besuchern schnell klar, dass hier Klimaschutz gelebt wird. Nach der energetischen

und nachhaltigen Sanierung entstand aus dem Altbau ein Energie-Gewinn-Haus, das mehr Strom produziert als verbraucht wird. Auch die seit April 2015 öffentlich zugängliche Schnell-Ladestation für Elektroautos fand lobenden Anklang.0

